

BRIEF AUS BERLIN – NR. 16/2015

Inhalt

Vorwort

Aus dem Bundestag

- + Asylpaket
- + Dekade für Alphabetisierung
- + 25 Jahre Deutsche Einheit
- + Pflegestärkungsgesetz II
- + Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
- + Flüchtlingspapier der AG-Bildung
- + Wirtschaftsempfang
- + Besuch aus dem Wahlkreis
- + Klausur Netzwerk Berlin
- + Netzwerk zu 25 Jahre Deutsche Einheit
- + DAAD-Stipendiatenrunde

Aus dem Wahlkreis

- + Pressemitteilungen
- + Termine

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

auch in dieser Woche stand die aktuelle Situation der Flüchtlinge wieder im Fokus, u. a. wurde das Flüchtlingspaket der Bundesregierung auf den Weg gebracht und die AG Bildung innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion, der auch ich als Bildungspolitiker angehöre, verabschiedete ein entsprechendes 10-Punkte-Papier.

Im Deutschen Bundestag wurde passend zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Einheit über den Stand der Wiedervereinigung berichtet. Ich hatte diese Woche zudem einen Redebeitrag im Plenum

des Deutschen Bundestags zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Außerdem wollen Bund und Länder in den nächsten zehn Jahren die Lese- und Schreibfähigkeiten von Erwachsenen deutlich verbessern und haben die Dekade für Alphabetisierung ausgerufen

Wahlkreisbesuch hatte ich diese Woche gleich zweimal: Zum einen fand diese Woche der Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion statt, an dem auch Unternehmer aus meinem Wahlkreis teilnahmen. Weiterhin war eine 50-köpfige Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Rahmen einer politischen Informationsfahrt für vier Tage zu Besuch in Berlin im Rahmen eines spannenden Programms. Interessenten an einer solchen Fahrt für das Jahr 2016 können sich gerne bei mir melden.

Mit Stipendiatinnen und Stipendiaten des DAAD diskutierte ich diese Woche im Rahmen einer spannenden Podiumsdiskussion. Hierbei ging es in erster Linie um die Frage „Warum Deutschland so attraktiv für junge Studierende ist bzw. auch sein soll.“

Das Netzwerk Berlin, dem ich als einer von zwei Sprechern vorstehe, beschäftigte sich diese Woche mit dem 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Einheit. Zudem führten wir unsere alljährliche Klausur durch, dieses Mal in Schmöckwitz, am Stadtrand von Berlin.

Und in eigener Sache möchte ich noch auf freie Plätze für Gruppen nach Berlin hinweisen im November und darum bitten, an meiner kleinen Umfrage zum „Brief aus Berlin“ teilzunehmen. [Die Umfrage kann hier aufgerufen werden.](#)

Nun wünsche ich Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!



Martin Rabanus, MdB

Asylpaket und 2. Nachtragshaushalt 2015



Nachdem sich Bund und Länder beim Flüchtlingsgipfel letzte Woche auf ein Gesetzespaket verständigt haben, fand am Donnerstag bereits die erste Lesung des [Asylpaketes](#) und des [zweiten Nachtrags 2015](#) statt.

Bis zu einer Millionen Menschen werden allein in diesem Jahr auf der Suche nach Frieden, Sicherheit und einem neuen Leben für sich und ihre Familien in unser Land kommen. Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Terror, Krieg und Hunger! Die dramatischen Entwicklungen der letzten Wochen und Monate stellen uns vor enorme gesellschaftliche und ökonomische Herausforderungen. Wir müssen unserer humanitären Verantwortung gerecht werden, ohne die Menschen in Deutschland zu überfordern. Daher ist schnelles Handeln nötig. Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2015 wird sichergestellt, dass wie im Kompromiss vereinbart, eine weitere Milliarde (gesamt 2 Milliarden Euro) noch 2015 zur finanziellen [Entlastung an Länder und Kommunen](#) gehen kann. Um künftige Aufgaben im Zusammenhang mit

Flüchtlingen finanzieren zu können, werden 5 Milliarden Euro Spielräume, die aus der guten Wirtschaftslage und Zinsgewinnen in 2015 entstehen, in eine Rücklage für den Haushalt 2016 verschoben. Falls sich bis Ende des Jahres weitere Entlastungen im Bundeshaushalt ergeben, sollen diese ebenfalls in die Rücklage fließen. Grundstücke des Bundes dürfen mietzinsfrei für Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung gestellt und hergerichtet werden. Zudem ist im Nachtrag 2015 ein Zuschuss an den Energie- und Klimafonds (EKF) in Höhe von 1,3 Milliarden Euro vorgesehen, die für die Energiewende zur Verfügung stehen.

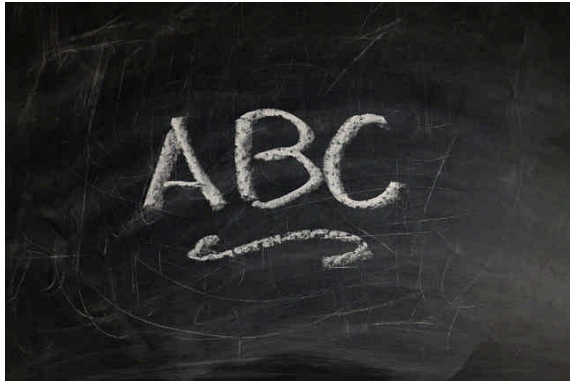
Beim Asyl-Gesetzespaket gibt es einerseits Hilfen, um schutzbedürftige Flüchtlinge besser zu integrieren, aber andererseits eine Verschärfung für Menschen ohne Bleibeperspektive.

Die Beschlüsse in Kurzform:

- Ankommende Flüchtlinge sollen über das Programm „Easy“ nach dem „Königsteiner Schlüssel“ verteilt werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bearbeitet die Asylanträge. Dabei kann das BAMF trotz Dublin-III-Verordnung entscheiden, das Asylverfahren in Deutschland durchzuführen. Flüchtlinge werden generell nicht mehr z.B. nach Griechenland, Italien, Ungarn, Malta oder Bulgarien zurückgeschickt, auch wenn sie dort zuerst angekommen sind.

- Wenn der Asylantrag nach 3 bzw. maximal 5 Monaten positiv beschieden wurde, erhält der Flüchtling eine Aufenthalts- und eine Arbeitserlaubnis durch die örtliche Ausländerbehörde. Er erhält dann aktive und passive Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende und hat Anspruch auf einen Integrationskurs inklusive 600 Stunden Sprachkurs durch das BAMF beziehungsweise beauftragte Träger. Daneben gibt es für besonders qualifizierte Menschen berufsbezogene Sprachkurse, ebenfalls durch das BAMF oder ggf. durch die lokalen Jobcenter vermittelt. Auch der reguläre Wohnungsmarkt steht den Flüchtlingen nun selbstverständlich offen.
 - Albanien, Kosovo und Montenegro werden als sichere Herkunftsländer eingestuft, damit können Flüchtlinge aus diesen Ländern schneller abgeschoben werden. Menschen aus diesen sicheren Herkunftsstaaten können verpflichtet werden, bis zum Abschluss des Verfahrens in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu bleiben. Den Bürgern der Westbalkanstaaten soll gleichzeitig der legale Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert werden, das war für die SPD wichtig.
 - Abbau von Hürden bei der Schaffung von Flüchtlingsunterkünften: Dazu sollen Baustandards ausgesetzt werden, etwa bei Standorten der Unterkünfte sowie beim Einsatz erneuerbarer Energien oder beim Wärmeschutz.
 - Auf Druck der Union sollen in Erstaufnahmeeinrichtungen künftig vorrangig Sachleistungen statt Bargeld ausgegeben werden. Die praktische Umsetzung dieser Maßnahme wird von uns jedoch stark bezweifelt.
 - Die Gesundheitskarte soll Flüchtlingen einen Arztbesuch ohne vorherige Bürokratie ermöglichen. Die Einführung bleibt den einzelnen Ländern überlassen. Sie dürfen Krankenkassen verpflichten, die Krankenbehandlungen zu übernehmen.
 - Integration: Der Bund will die Integrationskurse für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive öffnen. Auch die berufsbezogenen Deutschkurse sollen ausgeweitet werden. Zudem sollen sich Jobcenter frühzeitig um die Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt bemühen.
- Der Innenminister von Niedersachsen, [Boris Pistorius \(SPD\)](#), [verdeutlichte in seiner Rede vor dem Bundestag](#), dass der vorliegende Gesetzentwurf das Recht auf Asyl nicht schwäche, sondern im Gegenteil seine Gewährleistung sichere. Des Weiteren sprachen mit [Christine Lambrecht](#) und [Rüdiger Veit](#) auch zwei Hessen.

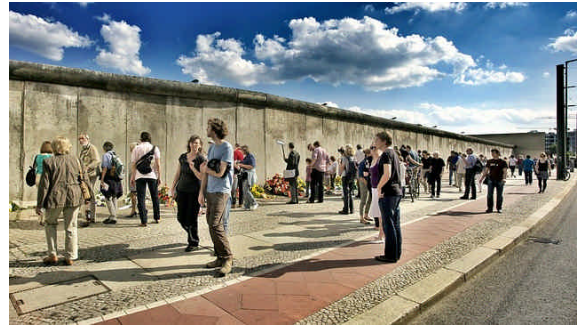
Dekade für Alphabetisierung umsetzen



Mit dem Antrag „Zugang und Teilhabe ermöglichen – Die Dekade für Alphabetisierung in Deutschland umsetzen“ der Regierungskoalitionen wollen wir Sozialdemokraten die im Koalitionsvertrag vereinbarte nationale Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung mit Leben erfüllen. 7,5 Millionen Menschen der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland sind sogenannte funktionale Analphabeten. Das heißt, sie können keine zusammenhängenden Texte lesen oder schreiben.

Zur Verringerung von funktionalem Analphabetismus in Deutschland sollen bewährte Strategien weiterentwickelt und neue Förderformate etabliert werden. Das nationale Konzept zur Alphabetisierung sieht u. a. vor, dass ein familien- und lebensweltorientiertes Förderprogramm etabliert wird, die arbeitsplatzorientierten Grundbildung ausgebaut wird und eine nationale Koordinierungs- und Monitoringstelle eingerichtet wird.

Wir feiern 25 Jahre Deutsche Einheit



Aus Anlass des 25jährigen Jubiläums der Einheit haben die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU/CSU einen [Antrag „25 Jahre Deutsche Einheit - Leistungen würdigen, Herausforderungen angehen“](#) ins Plenum eingebracht. Dieser verdeutlicht, dass die deutsche Wiedervereinigung eine Erfolgsgeschichte ist.

Die Wirtschaftsleistung hat sich in den neuen Ländern mehr als verdoppelt, die Zahl der Arbeitslosen ist auf einem Rekordtief, die Lücke bei den Tariflöhnen ist fast geschlossen, die Verkehrsinfrastruktur ist grundlegend erneuert, der Verfall der Innenstädte und auch die Abwanderung von Ost nach West sind gestoppt: 2014 kamen zum zweiten Mal in Folge mehr Menschen nach Berlin und in die neuen Länder als wegzogen – eine gute Nachricht!

Befragt man die Menschen in Ost und West, so fällt auch die ganz persönliche Bewertung der Wiedervereinigung positiv aus: 77 Prozent der Ostdeutschen und 62 Prozent der Westdeutschen haben die Einheit für sich als vorteilhaft erlebt und auch die allgemeine Lebenszufriedenheit ist im Osten (76 %) und Westen (83 %) hoch.

Trotz aller Erfolge der vergangenen 25 Jahre bleibt aber noch Handlungsbedarf: Dabei müssen wir immer stärker auch die Entwicklung strukturschwacher Regionen in den alten Ländern im Blick behalten. Bis jetzt hat noch immer kein einziges deutsches DAX-Unternehmen seinen Sitz in Ostdeutschland.

Die Wirtschafts- und Steuerkraft, die Einkommen und der Arbeitsmarkt sind noch nicht auf westdeutschem Niveau. Um dies zu ändern, fordert die Regierungskoalition in ihrem Antrag „25 Jahre Deutsche Einheit - Leistungen würdigen, Herausforderungen angehen“ den kontinuierlichen Ausbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern. Breitbandausbau, Kita-ausbau, die Förderung der Bildungs- und Forschungseinrichtungen sind hierbei existenziell wichtig für die weitere Angleichung an die westdeutschen Bundesländer.

Regionale Unterschiede wird es in Deutschland sicherlich immer geben. Wir finden sie zwischen Ostfriesland und Hessen genauso wie zwischen Sachsen und Vorpommern, jede Region hat ihren eigenen Charakter. Deshalb ist unser Ziel nicht gleiche, sondern gleichwertige Lebensverhältnisse – so steht es auch in unserer Verfassung.

Tag der Deutschen Einheit in Frankfurt



Foto: mediapool GmbH

Die zentrale Feier zum 3. Oktober findet immer in dem Bundesland statt, das gerade den Vorsitz im Bundesrat hat - und das ist dieses Jahr Hessen. In Frankfurt/Main wird vom 2. bis 4. Oktober in der zentralen Innenstadt auf dem Römerberg, dem Paulsplatz, der Zeil und am Main das große Bürgerfest zum 25. Jubiläum gefeiert.

Auf dem Goethe-Platz sind die Verfassungsorgane vertreten. Die hessische Landesgruppe der SPD stellt sich unter anderem am 03. Oktober von 16:00 – 17:00 Uhr mit einer nachgestellten Plenardebatte vor, an der 200 BürgerInnen teilnehmen können.

Sie sind herzlich eingeladen uns auf dem Goetheplatz zu besuchen und mitzumachen. Das Programm des Bürgerfests gibt es hier: <http://tag-der-deutschen-einheit.de/programmheft/>.

Ganzheitliches Verständnis von Pflege

Zum 1. Januar 2017 wird das [Pflegestärkungsgesetz II](#) in Kraft treten. Es wird den Pflegebedürftigkeitsbegriff neu definieren und grundlegende Verbesserungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte bringen.

Insgesamt stehen so ab 2017 jährlich 5 Milliarden Euro zusätzlich für die Pflege zur Verfügung. Schon das Pflegestärkungsgesetz I, das am 1. Januar 2015 in Kraft trat, führte zu einer Steigerung der Leistungen in einem Umfang von 2,4 Milliarden Euro. Davon wurden 1,4 Milliarden in die häusliche und 1 Milliarde in die stationäre Pflege investiert. Insgesamt kommt es so zu einer Erhöhung der Mittel um 25 %, was die größte Aufstockung in der Sozialversicherung darstellt.

Außerdem macht es die finanzielle Situation der Pflegeversicherungen möglich, die Beitragssätze bis in das Jahr 2022 stabil zu halten. Die Einteilung in 3 Pflegestufen, die sich vor allem am zeitlichen Aufwand orientiert hat, wird abgelöst durch eine Einteilung in 5 Pflegegrade. Sie dienen dazu, festzustellen wie selbstständig eine Person in ihrem Leben zu rechtekommt. Eine solche Herangehensweise stärkt das, was Pflegebedürftige noch tun können und legt nicht den Fokus auf deren körperliche Gebrechen. Dies hat den großen Vorteil, dass nicht mehr nur somatische Beschwerden in eine pflegerische Versorgung mit einbezo-

gen werden, sondern auch den Alltag einschränkende Krankheiten wie Demenz sowie psychische Erkrankungen. Pflegebedürftige mit solchen Erkrankungen, erhielten bisher keine Pflegestufe und waren gegenüber körperlich zu pflegenden Menschen benachteiligt.

Durch die Ablösung der Pflegestufe durch Pflegegrade wollen wir eine ganzheitliche Pflege ermöglichen, die über eine Betreuung nach dem Motto „satt und sauber“ hinausgeht und sich auch mit den Menschen über ihre natürlichen Bedürfnisse hinaus beschäftigt. Dies bezieht sich vor allem auf die psychosoziale Versorgung und soll so eine individuellere Versorgung des Pflegebedürftigen ermöglichen.

Das Wohnumfeld der Pflegebedürftigen soll angepasst werden, sodass 500.000 Menschen von einer häuslichen Betreuung profitieren könnten. Dies geht einher mit einer vorbeugenden Pflege, welche einen stationären Aufenthalt verhindern soll. Hierbei sollen Familienangehörige stärker in die häusliche Pflege mit eingebunden werden, was unter anderem durch eine einfachere Anerkennung der Rentenansprüche der Pflegenden erreicht werden soll. Außerdem soll durch einen einheitlichen Eigenanteil für alle Pflegegrade auch Geringverdienern der Zugang zu einem höheren Pflegegrad erleichtert werden, was oft zwar medizinisch notwendig für die Betroffenen aber nicht bezahlbar war.

18. Bericht zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik der Bundesregierung



In dieser Woche stand ebenso der 18. Bericht zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) auf der Agenda des Plenums. Federführend für diesen Bereich ist der Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, doch hatte ich als zuständiger Berichterstatter für die AKBP im Ausschuss für Bildung und Forschung ebenso die Gelegenheit, mich dazu aus bildungspolitischer Sicht zu äußern.

Der 18. Bericht der Bundesregierung zeigt auf, welchen Stellenwert die AKBP im Allgemeinen derzeit hat, wie sich beispielsweise die Mittlerorganisationen entwickelt haben und welche positiven Leistungen sie im vergangenen Jahr vollbracht haben. Dies gilt es, um so auch mit den Worten Steinmeiers zu sprechen, weiterhin politisch zu unterstützen.

Während sich meine Vorrednerinnen Ulla Schmidt in ihrer Funktion als Ausschussvorsitzende des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik insbesondere zur Stärkung der Deutschen Auslandsschulen äußerte,

Michelle Müntefering zu den Mittlerorganisationen sowie Doris Barnett speziell zum Haushalt des Auswärtigen Amtes, so betonte ich ebenso die Notwendigkeit eines Mittelaufwuchses speziell für die Mittlerorganisationen im Einzelplan Bildung. Gerade die digitale Bildung kann mit dem verstärkten Einsatz von *Massive Open Online Courses (MOOCs)* eine herausragende Unterstützung in der Flüchtlingsproblematik sein.

Link zum 18. Bericht der Bundesregierung:

[https://www.auswaertiges-
amt.de/cae/servlet/contentblob/670488/publi-
cationFile/205472/AKBP-Bericht_2013-
2014.pdf](https://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/670488/publicationFile/205472/AKBP-Bericht_2013-2014.pdf)

Hier kann meine Rede abgerufen werden:

[http://www.bundestag.de/mediathek/?isLinkC
allP-
lenar=1&action=search&contentArea=details&
ids=5897090&instance=m187&categorie=Plen-
arsitzung&mask=search](http://www.bundestag.de/mediathek/?isLinkC
allP-
lenar=1&action=search&contentArea=details&
ids=5897090&instance=m187&categorie=Plen-
arsitzung&mask=search)

„Flüchtlingspapier“ der AG-Bildung



Die Brisanz um das Thema Flüchtlinge ebbt nicht ab: Wichtige Komponenten, um Flüchtlinge zu integrieren, sind Bildung und Spracherwerb. Daher haben wir uns als zuständige Arbeitsgruppe Bildung und Forschung ebenso mit dem Thema beschäftigt und in einem Papier 10-Punkte festgehalten, die aus unserer Sicht in der Flüchtlingsdebatte im bildungspolitischen Kontext von Relevanz sind.

In erster Linie gilt es Spracherwerb und Alphabetisierung sicherzustellen, damit die Flüchtlinge hier vor Ort Fuß fassen können und einen Beruf ausüben können. Gleichzeitig muss ein breiter Zugang zu Bildungseinrichtungen gewährleistet werden. In dem Kontext, Flüchtlinge schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren, müssen ebenso berufliche Qualifikationen schneller und unkomplizierter anerkannt werden. Um die Unterstützung für Flüchtlinge in die Breite zu tragen, ist es aber auch ebenso unerlässlich, die Mittlerorganisationen wie den DAAD oder das Goethe-Institut zu stärken, die Projekte im In- und Ausland zur Flüchtlingsintegration ausführen und in unbegrenzter Breite Sprachkurse und Lernapps anbieten können.

Wirtschaftsempfang der SPD-Fraktion



Foto: Bildschön/Peter Lorenz

Im letzten Newsletter habe ich von dem Start der neu eingesetzten Projektgruppen der SPD-Fraktion berichtet. Der alljährlich stattfindende Wirtschaftsempfang stand dieses Jahr daher in Verzahnung mit dem „Projekt Zukunft“ und beschäftigte sich spiegelbildlich mit den Fragen der Projektgruppe „Neue Erfolge“, dessen Mitglied ich bin.

Der deutsche Wohlstand ist nicht selbstverständlich. Er ist entstanden durch mutige Gründer, durch ungewöhnliche Ideen, durch technologische Innovationen. Doch stimmen die Rahmenbedingungen für Innovationen in Deutschland noch? Um dieser Frage nachzugehen, kamen rund 700 Menschen vergangenen Montag ins Reichstagsgebäude nach Berlin, um am Fachkongress zum Thema „Vorsprung durch Innovation“ teilzunehmen. Anschließend debattierten sie beim Empfang auf der Fraktionsebene im Reichstag, welche konkreten politischen Maßnahmen entwickelt werden müssen, um das Land sozial und wirtschaftlich voranzubringen.

Ein neuer Begriff von Innovation stand auch im Mittelpunkt der drei Gesprächsforen, die den Schwerpunkt des Fachkongresses bildeten. Dabei beschäftigten sich die Foren mit den Themen technologische Innovationen, mit digitalen Innovationen sowie Innovationstreibern und dem Innovationstransfer.

In diesem Kontext sei auch das Potenzial von Flüchtlingen, insbesondere in Bezug auf Innovationen, zu nutzen. Teilweise sind sie hochspezialisiert ausgebildet und können für Deutschland die Fachkräfte für morgen abbilden. Die beste Form, Flüchtlinge zu integrieren sei Qualifizierung und Arbeit. Dies müsse ebenso in die Gedanken für morgen einfließen. Gabriel warb zudem für einen „Modernisierungspakt“ zwischen Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften und machte ebenso deutlich, dass mehr in die Infrastruktur wie auch Forschung und Entwicklung investiert werden müsse. Damit „stellen wir die Weichen für den Wohlstand von morgen“.



Dr. Vladimir von Schnurbein, Referent Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände aus Frankfurt am Main
Albert und Oliver Dahmer, ISP GmbH Co. KG aus Limburg

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin



Vom 29. September bis zum 2. Oktober waren 50 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin. Die Fahrt beinhaltete u. a. eine Stadtrundfahrt mit politischen Schwerpunkt, einen Besuch im Willy-Brandt-Haus, dem Sitz der Bundes-SPD, sowie ein Informationsgespräch im Auswärtigen Amt.

Nach dem Besuch im Willy-Brandt-Haus und Gespräch mit dem Bildungsreferenten des SPD-Bundesvorstands, Mirko Schadewald, folgte eine Stadtrundfahrt durch die Bundeshauptstadt. Daran schloss sich ein Besuch beim Auswärtigen Amt. Nachmittags besuchten die Besucher aus dem Untertaunus und dem Altkreis den Deutschen Bundestag, nahmen an einer Führung teil und besichtigten gegen Abend den Plenarsaal, verbunden mit einem Vortrag zur Arbeit des Parlaments. Ein Besuch der Reichstagskuppel bildete den touristischen Höhepunkt der Tour nach Berlin. Bei klarem Himmel erfreuten sich die Besucher über die grandiose Aussicht.

Danach konnte ich die Besuchergruppe zu einem persönlichen Gespräch treffen. So hatten die Teilnehmer der Fahrt die Möglichkeit, in einem Gespräch aktuelle politische Themen zu diskutieren und mich persönlich kennen zu lernen. Es entstand eine spannende Diskussion auch über aktuelle politische Ziele. Später stellten die Besucher Fragen zu Themen, die sie besonders interessieren.

Auf die Fahrt und die Reiseorganisation angesprochen, waren die Rückmeldungen der Teilnehmer durchweg positiv. Die Führungen und Möglichkeiten zur Diskussion mit verschiedenen Gesprächspartnern an den verschiedenen Stationen der dreitägigen Reise gewährte vertiefte Einblicke und umfangreiche Informationen, die man „nur vor Ort“ so gut erlangen kann.

Jahresklausur des Netzwerk Berlin



Am Wochenende zwischen den zwei zurückliegenden Sitzungswochen trafen sich die Mitglieder des Netzwerk Berlin zur jährlichen Herbstklausur im Berliner Stadtteil Schmöckwitz. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Diskussion über die programmatische Zukunft unserer Arbeit als progressive Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD-Bundestagsfraktion. Die diskutierten Planungen umfassten die verbleibenden zwei Jahre der Legislaturperiode, aber auch die Zeit danach.

Die Diskussion über unser zukünftiges Engagement wurde mit dem Tagesordnungspunkt „Wahlen und Demokratie“ eröffnet. Sinkende Wahlbeteiligung und teils fehlende Bereitschaft zum politischen Diskurs fordern Politiker aller Parteien heraus. Neue Wege beschreiten, Bürgerinnen und Bürger wieder an die Wahlurnen führen, sie für die Bedeutung von und Beteiligung an Politik zu sensibilisieren, waren einige der Punkte, denen wir uns im ersten Teil der Klausur widmeten.

Die Hauptaufgabe ist es, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Politik die Menschen in jedem Lebensbereich umgibt und begleitet – deshalb ist auch jeder dazu aufgerufen, sich daran zu beteiligen, Politik durch Wahlen und Einmischung zu gestalten und zu legitimieren. Dafür wollen wir neue, moderne Wege und Instrumente etablieren.

Gesellschaftlich bestimmenden Themen wie etwa der vorsorgende Sozialstaat werden heute auf Grund der digitalen Entwicklung mit teils völlig neuen Schwerpunkten und Erwartungen diskutiert als noch in der Vergangenheit. Deshalb haben wir uns diesem großen und zukunftssträchtigen Thema unter der Überschrift „Vorsorgender Sozialstaat 4.0“ genähert und für uns relevante Leitplanken, die die Diskussion einrahmen sollen, besprochen. Ein weiteres Schwerpunktthema der Klausur war die Außen- und Sicherheitspolitik aus sozialdemokratischer Perspektive. Was ist Deutschlands Rolle in der Welt und was sind wir bereit, dafür zu tun? Diese und weitere Fragen diskutierten wir mit Blick auf die kommenden Herausforderungen.

Netzwerk zu 25 Jahre Deutsche Einheit



Auch das Netzwerk Berlin, dessen Sprecher ich bin, nahm das Jubiläum der Deutschen Einheit in seine Veranstaltungsplanung mit auf: So luden wir diese Woche Sabine Rennefanz, Autorin und Journalistin, Jahrgang 1974, zu uns ein, um über das Thema „Einmal Ossi, immer Ossi“ zu debattieren. In ihrem Buch „Eisenkinder“ stellt Rennefanz die These auf, dass das Label „Ostdeutscher“ noch heute an einem klebt, selbst wenn man nur ein Bruchteil seines Lebens „im Osten“ verbracht hat. So durchzog auch die Frage, ob sich die Deutschen aus Ost und West auch ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall noch immer als „Ossis“ oder „Wessis“ begreifen, die angeregte Diskussion.

Gibt es nicht längst eine Generation Gesamtdeutschland? Und was ist aus der Wendegeneration nach 25 Jahren Deutsche Einheit geworden?

Diese und viele weitere Aspekte – politische, ökonomische und vor allem psychologische – wurden unter den Teilnehmern angeregt dis-

kutiert. Viele Wortbeiträge enthielten persönliche Lebensgeschichten und Erfahrungen. Am Ende der Diskussion ließ sich festhalten, dass die ganze Debatte um „Ossi oder Wessi“ auf einen hohen psychologischen Anteil zurückzuführen ist und wie die Wende mit ihren Rahmenbedingungen vollzogen wurde.

Round-Table des DAAD zur Willkommenskultur



Als zuständiger Berichterstatter für die Deutschen Auslandsschulen im Ausschuss für Bildung und Forschung wurde ich als Teilnehmer für eine Podiumsdiskussion für Stipendiaten der Deutschen Auslandsschulen in das Auswärtige Amt eingeladen. Zusammen mit unserem Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie der Generalsekretärin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, Dr. Dorothea Rüland, hieß ich dort die 120 „Besten der Besten“ der Deutschen Auslandsschulen aus ca. 50 verschiedenen Herkunftsländern zu ihrer Studienaufnahme in Deutschland willkommen.

Zum einen ging es darum, den jungen Menschen aufzuzeigen, warum sie mit ihrer Wahl nach Deutschland zu gehen, zufrieden sein

können und um ihnen ihre Perspektiven in Deutschland aufzuzeigen. Ziel des Stipendienprogramms ist es, die Deutschlandaffinität über die Schulzeit hinaus zu erhalten und die jungen Menschen mit in der Regel hervorragenden Deutschkenntnissen zu Multiplikatoren in Wissenschaft, Kultur, Politik und Wirtschaft mit einer langfristigen Bindung an Deutschland zu machen. Gut ausgebildete Menschen, die hochmotiviert sind, sollten dafür gewonnen werden, in Deutschland zu bleiben, um so zur Internationalisierung des deutschen Bildungs- und Wissenschaftssystems beizutragen. Aber auch in ihren Herkunftsländern spielen sie als „Botschafter Deutschlands“ eine wichtige gesamtgesellschaftliche Rolle.

Zum anderen erläuterten die Stipendiatinnen und Stipendiaten aus ihrer Sicht Geschichten, die sie mit Deutschland verbinden und wie sie Deutschland erleben. Manche sind zum ersten Mal hier, manche waren es schon öfter. Die Erfahrungen der Teilnehmer waren durchweg positiv und als Bilanz des Treffens lässt sich festhalten, dass in Deutschland eine offene und positive Willkommenskultur herrscht.



Plätze frei für Berlinfahrt



Es sind noch Plätze frei für einen Plenarbesuch am 27.11.2015! Da zwei Gruppen aus dem Wahlkreis kurzfristig ihren Berlinbesuch absagen mussten, sind 30 Kontingentplätze freigeworden. Die Plätze beinhalten einen Plenarbesuch am 27.11.2015 sowie ein Essen im Paul-Löbe-Haus. Es gibt einen finanziellen Zuschuss für die Hin- und Rückfahrt nach Berlin. Die Gruppengröße dafür muss mindestens 10 Personen betragen. Der Zuschuss beinhaltet nicht die Kosten für eine Übernachtung in Berlin. Bei Interesse bitte melden bei Juliane Fehlhaber, Tel. 030/227-77104.

Pressemitteilungen aus dem Wahlkreis

29.09.15:

[Fachgespräch zur Begabtenförderung](#)

28.09.15:

[Martin Rabanus sucht Teilnehmer für Jugendpressetage](#)

22.09.15:

[Arbeitsassoziierte Krankheiten wirksam bekämpfen](#)

Termine

03.10.15

12:00 – Feierlichkeiten anlässlich des Tages der dt. Einheit, Frankfurt

17:30 – Rheingau Royal, Schloss Johannisberg

06.10.15

13:30 – Kreistag, Kurhaus Bad Schwalbach

7.10.15

18:00 – Sitzung Unterbezirksbeirat

15:00 – Bundesverband mittelständische Wirtschaft, Darmstadt

8.10.15

09:00 – Sitzung Eigenbetrieb Abfallwirtschaft, Bad Schwalbach

16:30 – IG Bau Senioren, Wiesbaden-Heßloch

10.10.15

09:30 – Parteitag der SPD Rheingau-Taunus, Römerhalle, Heidenrod-Kemel

11.10.15

Perspektivkongress der SPD, Coface-Arena, Mainz

+++

Termine in kursiv sind öffentlich

+++